

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Er erscheint 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. andw. Bezugsstellen frei und durch monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistra. 11. Bezugspreis: 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.25 M.; außerhalb 1.50 M.; außerhalb 1.75 M., Restamende 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 244

Dienstag, 27. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drachmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Eine parlamentarische Mehrheit für die Unterschrift?

Wenn die Auffassung, die politische Verantwortlichkeiten von der Stimmung der Parteien in Berlin erhalten haben, zutrifft, wäre damit zu rechnen, daß die Mehrheitssozialdemokratie, verstärkt durch Mitglieder der demokratischen Partei und des Zentrums, geneigt wäre, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Vermutlich würde die Zahl der einer Ausnahme geneigten Abgeordneten eine, wenn auch vielleicht nur geringe Mehrheit bilden.

Allgemeine Mobilmachung in Belgien.

102. Amsterdam, 26. Mai.

Dem Niederländischen „Telegraaf“ wird gemeldet, daß die belgische Grenze geschlossen wurde. Niemand darf belastet verlassen. Im Zusammenhang mit dem Verlaufe der deutschen Delegation bewilligten Termins am 3. Mai. Es wurden alle militärischen Beurlaubungen rückgängig gemacht und die allgemeine Mobilmachung ausgerufen.

Die russischen Verhältnisse.

103. Versailles, 26. Mai.

Der „Temps“ meldet, daß der Vierzerr heute Vormittag die Bedingungen besprochen hat, von denen die Anerkennung der Regierung des Admirals Koltschak abhängig sein soll. Die Anerkennung selbst sei im Einvernehmen mit Japan grundsätzlich angenommen.

In Odessa.

104. London, 26. Mai.

Die „Times“ veröffentlicht folgende Depesche aus Konstantinopel: Die Lage der Bolschewiken vor Odessa ist unsicher; sie requirieren schnellstens die auferlegten Steuern. Sie werden bedroht durch die Armee von Grewen, der zuerst Ukrainer, dann Bolschewik war und jetzt als Hetman der Ukraine erklärt. Nachdem er die Stadt Odessa genommen hatte, ließ er die Jüdischen wiederholen. Er nähert sich jetzt Odessa.

Lebensmittelschwierigkeiten in England.

105. London, 26. Mai. (Reuter.)

Die die „Ball Wall Gazette“ erzählt, hat die britische Regierung wegen der steigenden Preise und um dem drohenden ernstlichen Mangel zuvorzukommen, niedriger die Kontrolle über die ganze Speck-, Käse- und Margarine-Einfuhr auszuüben beschlossen.

Amerikanische Lebensmittel in Hamburg.

106. Hamburg, 26. Mai.

Seit dem 25. März trafen 41 mit amerikanischen Lebensmittel beladene Dampfer im Hamburger Hafen ein. Die Mehl, soles Getreide, Fleisch und Speck geladen hatten. Gegenwärtig sind wieder dreizehn Dampfer unterwegs, die bereits von Falmouth gemeldet sind, einige davon haben 170 000 Tonnen Korn geladen. Jetzt beginnt auch die Reiseinfuhr. Ein Dampfer mit einer solchen Ladung liegt bereits im hiesigen Hafen und ein zweiter wird am 26. Mai erwartet.

Die deutschen Schiffe in den Ver. Staaten.

107. Washington, 26. Mai. (Reuter.)

Einem amtlichen Bericht aus Paris zufolge, ist der Rat der Vier übereingekommen, daß die Vereinigten Staaten alle deutschen Schiffe, die in den Häfen der Vereinigten Staaten beflaggt wurden, behalten dürfen.

Japanfeindliche Stimmung in China.

108. Amsterdam, 26. Mai.

Nach dem „Algemeen Handelsblad“ meldet die „Morning Post“ aus Shanghai: Der Boykott japanischer Waren in den Städten im inneren Chinas breitet sich weiter aus. Die Schiffe in den Flüssen haben beim Laden auf Schwierigkeiten. In Wuhu wurden japanische Waren und das Schiffsbüro überfallen und mehrere Japaner beraubt. Chinesische Truppen griffen zum Schutze der Japaner ein.

Eisenbahnentgleisung.

109. Trier, 26. Mai. Auf dem Bahnhof Emsdorf entgleiste der Güterzug 7118. Der Lokomotivführer, der Führer und zwei Bremser wurden verletzt. Mehrere Wagen wurden zertrümmert.

Ein amerikanischer Lagerschuppen abgebrannt.

110. St. Nazaire, 26. Mai. Ein Brand brach heute mittags in einem an die Loire angrenzenden amerikanischen Lagerschuppen aus. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen wurden dadurch beschädigt.

Dem Berliner Tageblatt ins Stammbuch.

Aus einem Streich der Blätter „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ sei das zusammenfassende Schlussurteil des Leiters der „Vossischen Zeitung“ über die Politik des „Berliner Tageblattes“ als interessante Kennzeichnung hier wiedergegeben. Georg Bernhard schreibt:

„Die publizistische Tätigkeit des „Berliner Tageblattes“, die schon vor dem Kriege dazu beigetragen hat, jene vergifteten Waffen der Verleumdung gegen Deutschland zu schmieden, mit denen während des Krieges Lord Northcliffe unserm Vaterlande tödliche Wunden schlug, hat auch innerhalb Deutschlands die politische Atmosphäre veräffelt und Verderben im deutschen Volke verbreitet. Diese Tätigkeit entspringt keiner politischen Gesinnung, sondern einer Gesinnungslosigkeit, die in artistischer Freude an schönen Einfällen Artikel für den Tag so zusammenschreibt, wie sie jeweils die Konjunktur im Lesepublikum erfordert. Niemals ist während des Krieges auch nur ein einziger positiver politischer Gedanke im „Berliner Tageblatt“ gefördert worden. Immer ist nur der Mißvergnügen und der Ausrottung jeder nationalen Selbstachtung Vorschub geleistet worden. Demissionen, Selbstentlassungen, Brücken mit persönlichen Beziehungen, Selbstbeweihräucherung (die durch geschickte Wahl von Pseudonymen vor der Öffentlichkeit verhehelt wurden) sind die Triebfedern und Attribute der publizistischen Publizisten des „Berliner Tageblattes“. Sie sind heute, so wie sie im Kriege und vor dem Kriege waren. Unkenntnis, Neugierde und Unwahrhaftigkeit sind die inneren Kerne ihrer Meinungsaussichten, in Wirklichkeit aber plumpe Macho, durch die das „Berliner Tageblatt“ selbst nur halbgebildete Leser darüber hinwegtäuschen vermag, daß es um die wichtigsten Probleme der äußeren und inneren Politik herumredet. Nur in einem ist es sich selbst treu geblieben: Es hat sich dauernd bemüht, dem deutschen Volke sein Vaterland und den Glauben an deutsche Kraft und deutsche Ehrlichkeit zu verfehlen.“

Stimmunsbild aus Versailles.

Aus Versailles wird der „A. V.“ von besonderer Seite telegraphiert: Mit der Uebernahme der deutschen Gegenanträge beginnt der zweite Akt des Friedensdramas. Das deutsche Volk hat schwere Wunden erleidet. Auerst die allgemeine Spannung, was uns die Gegner wohl als Friedensbedingungen auferlegen würden, dann die Erkenntnis von der durchführbaren Schwere dieser Bedingungen. Die deutsche Delegation steht nunmehr vor der verantwortungsvollen Aufgabe, Gegenanträge solcher Art zu machen, daß bei aller Wahrhaftigkeit des deutschen Standpunktes doch dem Umstände Rechnung getragen wird, daß Deutschland der Unterlegenheit in diesem Völkerringen ist und daß es mit Rücksicht auf seine vollständige Wehrlosigkeit immerhin schwere Bedingungen auf sich nehmen muß.

111. Havas meldet aus Basel: Scheidemann trat am Samstag morgen in Berlin, von Spa kommend, ein. Die deutsche Note kann als fertiggestellt angesehen werden und wird wahrscheinlich am Dienstag den Alliierten überreicht werden. Zweifellos am hervorstechendsten, daß sie keine Geheimdiplomatie treiben will, wird die deutsche Regierung die Gegenanträge in der Presse sogleich nach ihrer Uebernahme in Versailles veröffentlichen. Neben dieser allgemeinen Note, welche gleichzeitig auch die Fragen der Kolonien behandeln wird, plant Graf Brockdorff-Rantzau die Uebergabe einer neuen Note als Antwort auf Clemenceaus Erwiderung hinsichtlich der Kriegsgefangenen. — Reichswirtschaftsminister Wibel, der nach einer Meldung der „Neuen Berl. Ztg.“ im Verlaufe der Auseinandersetzungen des Friedensauschusses keinen Zweifel an der veränderten Haltung der Regierung bezüglich der Unterzeichnung des Friedens ließ, hatte eine lange Besprechung mit industriellen Führern.

Zugeständnisse in der Danziger Frage.

Das Holländische Riesen-Bureau meldet aus Paris: Es verlangt in autoterrestrischen amerikanischen Kreisen, daß die Verbündeten bereit sind, eine Forderung in der Danziger Frage einzugehen, was eine tatsächliche Milderung im deutschen Sinne wäre. Wie man sich die neue Regelung denkt, ist nicht klar, aber offenbar glaubt man, daß die Regelung die deutsche Abordnung veranlassen werde, ihre Stellungnahme zur Unterschrift zu ändern. (Aöln. Ztg.)

Der Völkerverbund.

Am letzten Donnerstag ist den deutschen Delegierten eine Note des Ministerpräsidenten Clemenceau über den Völkerverbund überreicht worden, die als Antwort auf die deutsche Völkerverbundsnote und auf den deutschen Entwurf eines Völkerverbundes angetraffen ist und von der Presse bereits veröffentlicht worden ist. Die Entente beharrt im wesentlichen auf ihrem Entwurf und überreicht mit Stillschweigen die wichtige Frage: die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

Die Frage der Verantwortlichkeit.

Eine neue deutsche Note.

112. Dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz ist von der deutschen Delegation eine Note über die Wiederanerkennung überreicht worden, in der gesagt wird:

Verailles, den 24. Mai 1919.

Herr Präsident! Der Inhalt des Schreibens Eurer Exzellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit für die Folgen des Krieges hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Text vollständig missverstanden haben, indem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lausung vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, steht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note vorangingen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat zu verschiedenen Malen förmlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Nachfrieden, sondern mit einem Nachkriegsfrieden enden solle, und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel in den Krieg eingetreten war. In diesem Sinne wurde die Formel geprägt: Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Eroberungen. Auf der anderen Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes. Die positive Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den vierzehn Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 18. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: erstens den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und im Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung; zweitens das Versprechen der Wiederherstellung der verletzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnten sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundgedanke der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die heraufstrebenden Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit den Schrecken des Krieges überzogen worden waren.

Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hatte übrigens schon die frühere Regierung ebenso anerkannt wie das an Belgien verübte Verbrechen. Wenn nun durch den Staatssekretär Lausung in dem vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelten Schreiben des Verbundes der Bearbeiter Wiederherstellung der besetzten Gebiete einer näheren Aufklärung unterzogen wurde, so erschien für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß sich die Erfüllung, die in der Auslegung fehlte, nicht auf andere Gebiete beziehen konnte als die, deren Schädigung als rechtswidrig zugestanden war, und deren Herstellung die festenden Staatsmänner der Gegner als Kriegsziel setzen hatten. So bezeichnete Wilson die Wiederanerkennung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 ausdrücklich als heiligen Akt, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerverbundes für immer erschüttert sein würde. Ebenso sagte der englische Premierminister Lloyd George in seiner Rede im Unterhaus am 22. Oktober 1917: „Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit das möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung von Kriegsgefangenen, von einem der Kriegsschrecken auf den andern abzumähen.“ Was hier für Belgien gesagt wird, mußte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutschen Heere nur auf dem Wege über die verletzten belgische Neutralität die französischen Gebiete erreichten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugestanden hat, nicht aber die angebliche Schuld am Kriegsausbruch, oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war.

Die Bedeutung der Note Lausungs lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht sich nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkt, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet an Person oder Eigentum erlitten hat. Das deutsche Volk empfand die Einseitigkeit wohl, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Reichs versagte, die von den Truppen des russischen Reiches nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verübelt worden waren. Es erkannte aber an, daß der russische Überfall nach dem formellen Völkerverrecht anders zu beurteilen war als der Einfall in Belgien. Es nahm deshalb von einer Entschädigung keinerlei Abstand.

Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestritten; sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenersatzsumme aufstellen hat und daß die Erfolgeverhältnisse seiner Gegner gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Dunaerblockade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch heftigste Kämpfe führte, sondern ganz besonders auch für die Zeit auftreten, wo es nur noch eine

Der neue Leiter des Bonner Stadttheaters, Bonner Theatervereins hat sich einstimmig für die Ernennung des Direktors an der Bonner Universität, Dr. Richard Schickel zum Leiter des Bonner Stadttheaters ausgesprochen. Schickel, welcher verfaßt über eine langjährige Theaterpraxis

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Aufklärungsvorträge für Kriegsbeschädigte im Rheingau.
Mittelheim, 26. Mai. Am Mittwochabend fand der angekündigte Aufklärungsvortrag für Kriegsbeschädigte im Rheingau statt. Herr Steindorf, der Vorsitzende der Versorgungsabteilung des Kontrollamts Wiesbaden, erläuterte wie auch in Wiesbaden in klarer, kurzer, verständlicher und verständlicher Weise die wichtigsten Bestimmungen des Mannschafts-Versorgungsgesetzes 1906 und der im Laufe des Krieges ergangenen Zusatzbestimmungen. Das Thema des Vortrags „Was müssen Kriegsbeschädigte von ihrer Versorgung wissen?“ führte jedem Zuhörer vor Augen, was für ihn an Rente, Zulage, Zuschüssen und Teuerungszulagen und dergl. in Betracht kommt. Der Vortragende kreierte ferner die Grundzüge des Versorgungsrechts und brachte den Kriegsbeschädigten die wesentlichen Mittelteil, das den zwischen 1. 6. 15 und 1. 11. 18 ergangenen Kriegsbeschädigten ein Entlassungsantrag in der nächsten Zeit vorzulegen ist. Hinsichtlich der Entlassungsanträge für Kriegsbeschädigte werden von Juni ab bei den Bürgermeistern amtliche Vitenblätter erstellt werden, in denen die Ansprüche vermerkt werden. Die vorgedachten Vitenblätter sind in der nächsten Zeit entlassen worden sind. In Betracht der höheren Einkommen als 3000 M. pro Jahr haben, die Mitteilung, daß mit der Ausgabe der Vitenblätter an die Kriegsbeschädigten noch im Laufe des Monats Juni vorzulegen ist, gerechnet werden können, wurde von den Zuhörern in befriedigender Weise aufgenommen. Die anschließende Aussprache und Auskunftserteilung brachte den Zuhörern den gewünschten Aufschluß. Der nächste Aufklärungsvortrag findet am 2. Mai im Rathaus in Eltville statt. Herr Steindorf beabsichtigt infolge der günstigen Aufnahme bei den beteiligten Kreisen die Aufklärungsarbeit fortzusetzen, und zwar sind Vorträge am 1. Juni in Langenschwalbach und am 4. Juni in Hatten in Aussicht genommen. Den Kriegsbeschädigten wird dadurch Gelegenheit gegeben, unter Ersparrung der Reise nach Wiesbaden zum Kontrollamt die gewünschte Auskunft in der Nähe ihrer Wohnorte zu erhalten.

Sticht, 26. Mai. Erschossen wurde am Samstag der Invalide Max Schneider aus Nied, ein alterer Mann, als er trotz des Verbotes die Grenze an unerlaubter Stelle überschritt und auf Jurek nicht stehen blieb.
Dillenburg, 26. Mai. Die Stadtverordneten versammelten den Anlauf der Bahnhöfe des Rheinischen Eisenbahns in der Markbach zum Preise von 870 M. Die plan dort zur Hebung der drückenden Wohnungsnot die Einrichtung von 3 Doppelhäusern mit je 2, also insgesamt 6 Wohnungen. Die Stadtverwaltung hat zur Behebung der Wohnungsnot ferner die Genehmigung zur Verleumdung der Wohnungsverhältnisse von auswärtig beantragt. Dieser sollen Anwohner größerer Wohnungen auf die unbedeutende Zahl von Zimmern beschränkt und die zuverfügbaren Räume anderweitig vermietet werden. Ein Antrag, dem Mietern das Recht einzuräumen, die Mietverträge zu kündigen können, wird abgelehnt. Durch den unangenehmen Anlauf der Sozialdemokraten gegen den Bürgermeister in der Wohnungsfürsorge finden den schärfsten Widerstand in der Verwaltung. In der Dillenburgstraße (früher Bahnhofstraße) wird zum Schutze des Stadtbildes eine Baupolizeilinie festgelegt, welche die Bebauung der Bordenstr. verhindert. Der Gaspreis wird erhöht auf 41 Pf. und der Strompreis für Licht auf 60, für Kraft auf 45 Pf. Der Führer im Wilhelmsturm erhält in Zukunft jährlich 200 M. und 50 Proz. der Eintrittsgelder. Die Kriegshofgebühren werden entsprechend erhöht. Auf dem Friedhof werden die Bestattungen der Anwohner und Pfarrer der Dillenburgstraße die Einrichtung der Familien-Gruppenhäuser geplant. Die Wiederanstellung eines leitenden Arztes für das Krankenhaus mit einem Spezialarzt für Chirurgie und Gynäkologie wird beschlossen. Es findet ein Antrag der hiesigen Ärzte, dem Kreisrat die übertragene Stelle zu übertragen, eine Regelung in anderer Richtung. Die Wahl erfolgte in geheimer Sitzung.

Gericht und Rechtspflege.

Fe. Französisches Militärpolizeigericht Wiesbaden-Land.
Der Fuhrmann Karl Belmer aus Dieblich war zu dem Anlaß der demobilisierten Deeresangehörigen nicht erschienen, weshalb er sich vor dem Gericht zu verantworten hatte. Hier führte er zu seiner Entschuldigung an, daß er in der Frühe des fraglichen Tages eine Fuhre in den Wald zu machen hatte, bei welcher Gelegenheit ein Defekt am Wagen entstanden, so daß er den Anlaß hätte veräumen müssen. Ein diesbezügliches Schriftstück legte er von seinem Arbeitgeber dem Gericht vor. Nach genauer Prüfung stellte es sich jedoch heraus, daß das Schriftstück auf einen Unfall, der acht Tage früher stattgefunden, Bezug nahm. Belmer hatte eigenmächtig das Datum geändert, was er eingestand. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Fälschung und Appellverweigerung zu acht Tagen Gefängnis und zu 20 Mark Geldstrafe. — Der Hugo Dummel von Dieblich beauftragte kürzlich die Katharina Süb-

ner, ebenfalls von Dieblich, die in Frankfurt a. M. beschäftigt ist, ein dort für ihn lagerndes Paket, das Schriftstücke enthielt, ihm mitzubringen. Die Hühner wurde aber mit dem Paket angehalten. Dummel und die Hühner erhielten wegen dieser Verletzung 150 Mark bzw. 50 Mark Geldstrafe. — Der Schneidermeister Theodor Portmann in Dieblich hatte einen Revolver, ein Jagdgewehr und ein Seitengewehr nicht, wie vorgeschrieben, abgeliefert. Urteil: 14 Tage Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. — Der Fuhrmann Georg Hart aus Hirschheim ließ unlängst auf der Gatterheimer Chauffee sein Fuhrwerk eine Strecke ohne Aufsicht fahren, indem er sich zu einem Wägen, der hinter ihm die Straße kam, begeben hatte. Er wurde zu einer Geldstrafe von 25 Mark verurteilt. — Nach der Polizeistunde fand in Dieblich eine Patrouille den dort wohnenden Kaufmann Karl Buch auf der Straße im betrunkenen Zustand an. Buch erhielt deshalb eine Geldstrafe von 100 Mark. — Wegen Vahvergehen nahm das Gericht vier Einwohner aus Dieblich, je einen aus Schierheim, Sonnenberg und Erbenheim in Geldstrafen von fünf bis vierzig Mark, wegen Appellverweigerung zwei Einwohner aus Dieblich, je einen aus Eddersheim, Schierheim und Doheim in Geldstrafen von fünf bis zwanzig Mark.

Sport.

Fußball. Die 1. Mannschaft des Sportvereins ging aus dem Wettpiel am Sonntag gegen „Germania“-Gießen mit 3:0 (0:0) als Sieger hervor. Daran anschließend spielte die Jugendmannschaft im Spiel gegen die 4. der Kasseler F. Vag. ein schönes Spiel, in dem sie mit 7:1 Sieger blieb. Die 2. und 3. Mannschaft unterlagen ihren Gegnern dagegen mit 1:3 bzw. 0:4. — Die 1., 2. und 3. M. der Spielvereins Wiesbaden fährt am Samstag nach Mombach zum Wettpiel gegen die gleichnamige Mannschaft des dortigen Fußballklubs 1908. Abfahrt der 3. M. 11 1/2 Uhr ab Hauptbahnhof, 2. M. 1 Uhr ab Hauptbahnhof, 1. M. 2 Uhr ab Hauptbahnhof. Die 1. Mannschaft der Spielvereins gewann am vergangenen Sonntag in Weiskau gegen die gleiche des Vereins für Rasenspiele nach überlegenem Spiel mit 8:1. Halbzeit 3:0. Die 2. M. gewann gegen die gleiche des Vereins für Rasenspiele mit 2:1, Halbzeit 0:0.

Vermischtes.

Demonstrationen gegen den Fremdenverkehr. In fast sämtlichen Orten des mittleren Schwarzwaldes, in Triberg, Villingen und Schönbühl, fanden große Demonstrationen gegen den Fremdenverkehr statt. Es wurde infolge des allgemeinen Wohnungsmangels gefordert, daß der Fremdenverkehr im Kreise Villingen in diesem Sommer vollständig verboten und nur wirklich kranken Personen möglichst kurzer Aufenthalt gestattet wird. Der Durchgangsverkehr darf eine Nacht nicht überschreiten. Sämtliche Hotels werden unter strenger Überwachung gestellt. Samstagsausgänge werden eingeschränkt und befristet. Die Forderungen wurden einstimmig angenommen und werden der Zentrale der N. und S.-M. der badischen Regierung zum sofortigen Vollzug unterbreitet.

An die Luft geschossen. Tilsit, 26. Mai. Heute morgen 7 1/2 Uhr explodierte, wie die „Tilsiter Zeitung“ berichtet, ein Munitionsdreher auf der Bahn. Da jede Annäherung infolge der umstehenden Sprengstoffe unzulässig ist, wurde bisher nur bekannt, daß mehrere Personen verwundet sind.

Töblicher Autounfall bei Aurich. Der schwedische General Konrad Gohmann, der Teilhaber der Solarrohnanlage Gohmann und Jürgens, verunfallte auf einer Autofahrt von Berlin nach Lübeck bei Aurich tödlich. Das Auto überfiel sich. Der mit ihm fahrende Fabrikant Cadom aus Lübeck wurde schwer verletzt in das Krankenhaus in Aurich überführt. General Konrad Gohmann war 56 Jahre alt.

Tilla Durieux verschwunden. Die bekannte Schauspielerin Tilla Durieux, die seinerzeit dem Berliner Deutschen Theater angehörte und auf Veranlassung Kurt Eißners dem Münchner Nationaltheater verpflichtet wurde, ist seit einigen Tagen unauffindbar. Frau Durieux gab sich stets als ausgesprochene Anhängerin der Sozialisten aus, und es sind Gerüchte im Umlauf, daß sie zu dem kommunistischen Toller Beziehungen unterhalten und ihm zur Flucht verholfen habe. Die Künstlerin soll von der Regierung eifrig gesucht werden und, nach einer anderen Version, bereits verhaftet worden sein.

„Mit der Referenz wolle mer's vorläufig noch lassen!“ Aus einem kleinen Landkästchen in der Nähe von Frankfurt a. M. wird dem „Tal. Kor.“ folgendes Geschichtchen erzählt: In einem Aderbäuer, der nebenbei einen Spezialeisen aufnahm, kam ein Reisender von einer „erklaßigen Firma“ mit einer „Vorzugs-offerte“. Der neugierige Kaufmann bestellte, und als der Reisende abfuhr, und der Zahlungskalender festsetzen wollte, fragte er vorsichtig, wie es mit den Referenzen liehe. Der Aderbäuer, der im Diebstahl der Referenzen lügte, wie im Fremdenverzeichnis, mochte nicht gerne für dumm gelten; vermischt hatte er im eigenen Ausnahm die Referenzen auch noch nicht, so verfuhr er nach kurzem Überlegen: „Ach, wisse Sie, mit der Referenz wolle mer's vorläufig noch lassen!“

loßel! Des Reus werd uffm Land doch zu wenig verlanat und dann steht eem bloß in de Ecke rum un verdorbt!“

Volkswirtschaft.

Die Messe in Brüssel.

Die belgische Blätter melden, in kürzlich ein Gesetzentwurf betreffend die Durchführung der in Brüssel geplanten Jahres-Herbstmesse den zukünftigen Körperlichkeiten vorgelegt worden. Die Kosten werden zunächst auf 900 000 Francs veranschlagt, wovon 600 000 Francs im Wege des Kredites und 300 000 Francs durch eine Beihilfe der Regierung beschafft werden sollen. Ein Wettbewerb für Klein- und Großhandelswaren, Spielwaren, Spielwaren soll der Messe angegliedert werden. In dem Gesetzentwurf heißt es weiter, daß sich auf der Messe die Fabrikanten und Einkäufer der alliierten und neutralen Länder sowie Belagern treffen sollen. Daraus ist die Folgerung zu ziehen, daß auch die Brüsseler Messe deutschen Interessenten verschlossen bleiben soll, wie dies jüngst für Lyon gemeldet wurde. Mehrfache Absichten waren bereits früher für verschiedene Ausstellungen aus Frankreich bekannt geworden. Von der im September-Oktober in London bevorstehenden Schiffahrts- und Maschinenbauausstellung wird berichtet, daß die britischen Aussteller über die durch das Programm jetzt vorgelegene Ausmerzung des deutschen Wettbewerbes sehr erfreut seien. Endlich liegt ein neuer Entwurf in einem neutralen Land vor, wo eine mächtige englische Interessentengruppe die Beteiligung deutscher Firmen an einer wichtigen Hochausstellung zu verhindern sucht. Immer mehr gewinnt es den Anschein, als ob das Mittel der Ausstellungs- und Messekonflikte als eine neuartige Form des Wirtschaftskampfes zur Anwendung gebracht werden soll, um die Bemühungen der deutschen Industrie, auf dem Weltmarkt wieder Fuß zu fassen, von vornherein zu ersticken.

Industrie.

h. Kapitalherhöhung der Haderbischen Eisenwerke.
Böhlar, 23. Mai. Die heute in Frankfurt a. M. abgehaltene Generalversammlung der Haderbischen Eisenwerke genehmigte den Ankauf der Haderbischen Eisenwerke in Kran und stimmte, um die Verschmelzung durchzuführen zu können, der Erhöhung des Aktienkapitals um 2 1/2 Millionen Mark auf 24 1/2 Millionen Mark zu.

— **Main-Kraftwerke AG.** Böhlar, 23. Mai. Der Bericht des Vorstandes über das neunte Geschäftsjahr 1918 belag: Der gesamte Aufschubwert unserer Werke einschl. der Reserveausfälle ist von 25 618 M. auf 26 717 M. gestiegen oder um rund 4 Proz. größer als im Vorjahre. Die Stromabgabe hat sich annähernd auf der gleichen Höhe des Vorjahres gehalten; vom November an gina sie infolge des Waffensstillstandes und der innerpolitischen Ereignisse stark zurück. Die Stromlieferung an unsere Abnehmer konnte trotz der schwierigen Verhältnisse voll ausreicht erhalten werden. Die Geschäftskosten sind auch im Berichtsjahre von Monat zu Monat stark gestiegen und haben inzwischen eine derartige Höhe erreicht, daß die uns ab 1. Oktober 1918 von sämtlichen angeschlossenen Landkreisen gewährte weitere Tarifierhöhung von 10 Proz. bei weitem nicht ausreicht, um die entfallenden Mehrkosten zu decken. Da noch nicht abzusehen ist, wann die Steigerung der Unkosten zum Stillstand kommt, so sind wir gezwungen, unsere Tarife bedeutend zu erhöhen, um den wirtschaftlichen Bestand unseres Unternehmens nicht zu gefährden. Die Großabnehmer haben bereits durch entsprechende Preisauflagen sich den veränderten Verhältnissen angepaßt. Der Geschäftsgewinn einschl. 8501.16 M. Vortrag beträgt 1574 017.21 M. gegenüber 1 343 165.58 M. im Vorjahre. Nach Abzug der Handlungs-Unkosten, Steuern, Abgaben, Zinsen, Abschreibungen und sonstigen Ausgaben verbleibt ein Reingewinn von 439 296.78 M. gegen 438 628.15 M. im Vorjahre. — In der am 18. Mai in Frankfurt a. M. als Universalversammlung stattgefundenen Generalversammlung wurde die Bilanz genehmigt und die Verteilung von 5 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) genehmigt. Die dem Umlauf nach aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herren Geheimrat Prof. Dr. Klingenberg und Direktor G. von Simson wurden wiedergewählt.

Versicherungswesen.

Preussische Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. In der am 18. Mai stattgefundenen Generalversammlung wurde die vorgeschriebene Tagesordnung genehmigt. Die Dividende wurde auf 25 M. für die nicht voll eingezahlte Aktie und 100 M. für die voll eingezahlte Aktie festgelegt. Außerdem wurde beschlossen, daß die Firma der Gesellschaft abgeändert wird in „Veltio“ Allgemeine Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

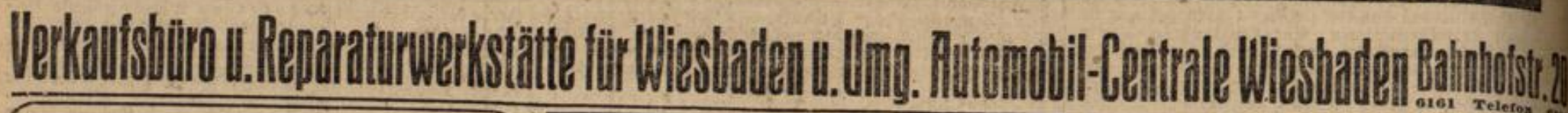
Quartalsleiter: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit: H. E. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: I. S. Hans Haneke; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.



HANNOVERSCHE WAGGONFABRIK A. G.
HANNOVER-LINDEN

HAWWA
Dreschmaschinen
Gediegene Bauart — Reiner Drusch
Gute Sortierung — Geringer Kraftbedarf
Sofortige Lieferung

HANNOVERSCHE WAGGONFABRIK A. G.
HANNOVER-LINDEN

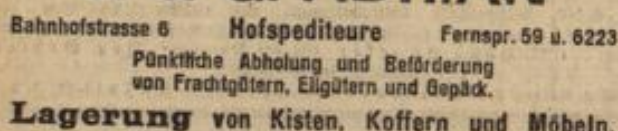


Wiesbaden, 25. Mai 1919.
Bülowsstr. 11.

Großer schattiger Garten mitten der Stadt.
Angenehmster Aufenthalt im Freien.
Bekannt gute Küche, Mittag- und Abendessen,
sowie fertige Platten.
Vorzügliche Rhein- und Moselweine.
Gut gepflegte Biere vom Faß.

4055] **Oskar Butzmann**

Langgasse 7 — Fernruf 6465
empfeht seine 5- und 10-Liter-Gefäße mit
Wiesbadener Germania
Kulmbacher Petzbräu + Dortmunder Union
Original Pilsner Urquell.



Der Bürgermeister, J. G. Wagner, Schiffe

Kurbetrieb ab Mitte Mai. Auskunft über Zu- und Abreise (Brückenkopf Coblenz) durch die Kurkommission, Hotels und Logierhäuser.



all. Art in Zeide, Samt, Vell.,
Fellsach, Federbett, Leinwand,
Gard., Grammoth., Zahnstocher
u. all. Ausrang., ferner Brill.,
Gold u. Silberladen samt stets
zu allerhöchsten Preisen

Grau Stummer
Neugasse 19, 2. St. Tel. 3391

br. Wolfshund, auf d. Namen
„Heil“ hörend. Gegen gute Bel.
abzug. Herberichstr. 1. (9352)

6 Thermalbäder M. 5.— mit Wäsche,
Trinkkur und Ruhraum.
geöff. Werktags v. 7-7 Uhr,
Sonntags 7-12 Uhr.



Dette Michelsberg 6.

Volle Gewähr gegen Mottenschaden.
Versicherung gegen Feuer und Einbruch-Diebstahl.
Kostenlose Abholung.

Jacob Müller, Kürschnerei, Langg. 6
(Geschäftsgründung 1828.) Fernruf 2800

Schützenhofstrasse 4 (Hoteleingang)

Thermalbäder mit Ruhegelegenheit.

jedes Quantum Buchen-Brennholz
ab Nähe Wiesbaden 1 bis 2,50 Meter lang
oder auf Stenlänge geschnitten.

Caspar Schneider Nachf., Mainz,
Neutorstraße 37. 1907. 1358

sofort greifbare Ware in Waggonladungen
abzugeben durch

Betr. Verteilung von Kleinbeleuchtungsmittel.

Nach Maßgabe der „Verordnung über Abgabe von Petroleum zu Leuchtzwecken und dessen Erlösmittel“ vom 7. September 1918 wird das Feld K der Petroleumsteuer vom 28. November bis 14. Juni ds. Js. einchl. in Gültigkeit gesetzt. Es erhebt die Verbrauchssteuern der

Gruppe	I	II	III	IV	V	VI	Petroleum und 8 Kernen
	1	1	1	1	1	1	8
							10
							10
							12
							12

Die Verkaufspreise betragen für 1 Liter Petroleum 45 Pf.
und für eine Kerze 20 Pf.
Wiesbaden, den 20. Mai 1919.

Zäufliches Petroleummehl.
Zonnenberg. — Bekanntmachung
 Zur Regelung der Forderung von Fleisch für Kranke werden

die Einwohner, welche auf Grund des ärztlichen Attestes eine besondere Anweisung durch den Kreisamtsarzt bewilligt erhalten haben, aufgefordert, sich unter Vorlegung des betreffenden

Wahlungscheines am Freitag, den 30. Mai 1919 während der
Vormittagsstunden von 8 bis 11 Uhr in der Nahrungsmittel-
Halle Rastauer Hof zu melden.

Sonnenberg, den 22. Mai 1919.
Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe. (200)